

Antrag an das 31. Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin

Antragsteller:in(nen):	Carl Spahlinger, Franziska Wessel, Eske Woldmer	
Datum	13.11.23	
Nr. und Datum der Sitzung	2. Sitzung 31. StuPa	21.11.23
Tagesordnungspunkt (vom Präsidium auszufüllen)		

I. Antragsgegenstand

Weihnachtsmarkt „WeihnachtsZauber“ auf dem Bebelplatz

II. Beschlussentwurf

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin möge beschließen:

1. Das StuPa der HU erneuert seinen Beschluss vom 29.11.22 (TOP 5.8) und spricht sich erneut gegen den Weihnachtsmarkt "WeihnachtsZauber" auf dem Bebelplatz aus. Der Weihnachtsmarkt ist logistisch so aufgebaut, dass der Bebelplatz umzäunt und das öffentliche Gelände inmitten Berlins nur durch Eintritt zugänglich gemacht wird.
Der Besuch des inmitten des Bebelplatz errichteten Mahnmals für die nationalsozialistische Bücherverbrennung ("Denkraum" von Micha Ullmann) ist kostenfrei, es besteht jedoch nur zu bestimmten Zeiten die Möglichkeit es zu besuchen. Zwischen 8:00 und 18:00 ist es möglich von Mitarbeiter*innen des Weihnachtsmarktes zu dem benannten Denkmal geführt zu werden und dort zu Gedenken. Ein Gedenken, welches zwischen Glühwein- und Austerntänden, sowie einem bunten Programm stattfindet. So soll an Silvester soll zu 80'er Musik gefeiert werden, während das Andenken an die - maßgeblich von HU Studierenden verbrochene - Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 nicht thematisiert wird. Die gesamte historische Bedeutung des Platzes ist besonders heute zu achten und der Ort als Gedenkort zu bewahren.
2. Wir fordern erneut die Verlegung des Weihnachtsmarktes "WeihnachtsZauber" an einen anderen Ort.
3. Außerdem fordern wir erneut den Akademischen Senat der HU auf unserer Verurteilung des Geschehens zu folgen, sowie die Beschwerde an die zuständige Behörde zu tragen.

2. Umsetzung des Beschlusses

Der Statusgruppensprecher der Studierenden leitet den Beschluss an den Akademischen Senat weiter und ist angehalten zusammen mit der Studierendengruppe einen Beschlusspunkt dazu einzubringen.

III. Finanzielle Auswirkungen, ggf. Angaben zur Verwendung beantragter Mittel

Keine

IV. Begründung

Zusätzliche Begründung erfolgt mündlich.

V. Beteiligung und Stellungnahme anderer Organe oder Initiativen der Studierendenschaft

Arbeitskreis kritischer Jurist*innen

VI. Kontaktmöglichkeit zur:zum Antragsteller:in bzw. zu den Antragsteller:innen

akj-berlin@aktion.ismus.jetzt